

# Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Telephon Nr. 55.

Größte und meistverbreitete Zeitung

der Kreise Neuß und Grevenbroich

Telephon Nr. 55.

Die Neuß-Grevenbroicher Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. Als Gratisbeilage täglich das Unterhaltungsblatt „Der Hausfreund“, wochentlich die landwirtschaftliche Beilage „Rhein-Bauernfreund“ und das St. Quirinusblatt. — Preis pro Quartal in Neuß durch Boten ins Haus gebracht, auswärts an der Post abgeholt M. 1.50. Das illustrierte Sonntagsblatt wird den Abonnenten gegen einen Mehrbetrag von 15 Pfg. pro Quartal beigegeben. — Die Zeitung kann auch pro Monat à 50 Pfg. abonniert werden.



Interate finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und haben bei dem lauffähigen Lesepublikum unseres Blattes die beste Wirkung. Preis für die neungespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., außerhalb der Kreise Neuß u. Grevenbroich 20 Pfg., für die viergespaltene Reflektierzeile 70 Pfg. Anzeigen erbeten an die Expedition bis 6 Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages. Annoncen-Akademie durch alle bewährten Annoncen-Expeditionen. Expedition: Neuß, Niederstraße 46.

Nr. 676.

Freitag, 10. Dezember.

Donnerstag, 11. Dezember 1913. (Damasus.)

Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft f. Buchdruckerei, Neuß 40. Jahrgang.

## Deutscher Reichstag.

Sitzungsbericht aus dem Reichstag.

186. Sitzung vom 10. Dezember.

Am Bundesratsitz: v. Bethmann-Hollweg, Delbrück, Vöcker.

### Das Wahlrecht bei Nachwahlen.

Die Wahlprüfungskommission hatte die Frage zu entscheiden, ob die in die Wählerliste eingetragenen Wähler bei einer Nachwahl zur Ausübung des Wahlrechts auch dann berechtigt sind, wenn sie inzwischen ihren Wohnsitz verlegt haben. Die Kommission hat die Frage bejaht und beantragt, von diesem Beschluß dem Reichstanzler Kenntnis zu geben.

Abg. Dr. Krenn (Rp.): Es geht nicht an, durch eine Interpretation eine bestehende gesetzliche Bestimmung abzuändern. Der Vorschlag der Kommission verstößt gegen das juristische Gewissen. Ich beantrage Überweisung an eine besondere Kommission von 14 Mitgliedern.

Abg. von Bött (Lsp.): Das Wahlrecht ist für die bodenständigen Elemente. Ich bin gleichfalls gegen den Kommissionsbeschluß.

Geheimrat Bawald: Der Reichstag prüft die Legitimation seiner Mitglieder selbständig. Hier handelt es sich aber um Auslegung des Wahlgesetzes. Das Gesetz bestimmt die Bestimmungen der Verfassung, daß der Kaiser die Aufsicht über die Ausführung der Reichsgesetze hat. Deshalb hat die Wahlprüfungskommission den Reichstanzler ersucht, einen Kommissar zu entsenden. Der Kommissar hat die Auffassung des Reichstanzlers und der Regierung dargelegt, daß bei Nachwahlen ein Wähler nur dann sein Wahlrecht ausüben kann, wenn er noch in dem betreffenden Wahlkreis seinen Wohnsitz hat. Daran wird festgehalten.

Abg. Dr. Baumbach (natl.): Ein Teil meiner Freunde trägt Bedenken, dem Kommissionsbeschluß beizutreten. Für die Auslegung des Gesetzes, die hier beschloffen werden soll, haben wir gar keine gesetzlichen Grundlagen. Wir können jetzt zwischen Tür und Angel eine so wichtige grundsätzliche Frage nicht erledigen. Ich bin auch sachlich mit der Kommission nicht einverstanden, denn im Wahlgesetz steht ausdrücklich, daß nur der wahlberechtigte ist, der im Wahlbezirk seinen Wohnsitz hat und in die Wählerliste eingetragen ist.

Der Antrag Krenn wird abgelehnt. Die Vorschläge der Kommission werden angenommen. Die internationale Uebereinkunft über Maßregeln gegen die Pest, die Cholera und das Gelbfieber wird in erster und zweiter Lesung angenommen.

### Die deutsche Ausstellung in San Francisco.

Ein von 200 Abgeordneten aller Parteien, mit Ausnahme der Konfessionslosen, unterzeichneten Antrag Kaiserin u. a. (natl.) will in Form eines Nachtragsbetrags die Beteiligung Deutschlands an der Weltausstellung in San Francisco zwei Millionen Mark bewilligen.

Abg. Dr. Krenn (Rp.): Gegen den Antrag sprechen wichtige Bedenken. Die Weltausstellungen haben sich überlebt. Sie sind zu Jahrmarkten und Nummernlägen geworden. Auch die private Beteiligung an der Ausstellung wäre besser unterlassen. Die ständige Ausstellungskommission hat sich gegen die Beteiligung an der Ausstellung in San Francisco ausgesprochen, auch der vorherige Reichspräsident Kaiser Wilhelm II. hat die Ausstellung in St. Louis nur eine große Enttäuschung für uns. Ich bitte um Ablehnung des Antrages.

Der Antrag wird an die Budgetkommission verwiesen.

### Die erste Lesung des Etats.

(Dritter Tag.)

Abg. Graf Westarp (Lsp.): Die Gesundung der Finanzen wäre unmöglich gewesen, wenn wir nicht 1909 die Reichsfinanzreform beschloffen hätten. Die Erhöhung der Beiträge für die Veteranen ist zu begrüßen. Erfolgreich an dem Etat 1914 ist, daß an den Grundbesitz für Schuldenentlastung und Aufnahme neuer Anleihen festgehalten wird. Die Bedeutung der Bekämpfung der Inflationssteuer ist ein erster Schritt einer Entlastung, deren Einzelteil wir beurteilen. (Sehr richtig, rechts.) Die Quellen, aus denen der Etat geformt werden sollte, fangen an, zu versiegen. Wir müssen für ihn auf den Wehrbeitrag zurückgehen. Der Reichstanzler hat gemeint, er werde rund 1200 Millionen bringen. In der Kommission war aber niemals mehr als 1000 Millionen herausgerechnet worden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Wehrbeitrag uns ein gewaltiges Defizit bringt. Jedenfalls ist er eine einmalige Ausgabe für einen einmaligen Zweck. Wir dürfen ihn also in keiner Form zu einer dauernden Einrichtung machen. Ueberflüssig aus ihm sind vorläufige Ausgaben. Ministerpräsident Dr. Hertling hat vor neuen Aufwendungen gewarnt. Auch wir wünschen, daß in den nächsten Jahren keine Aufwandsausgaben mehr nötig werden. Jedenfalls darf aber auch für neue Aufwandsausgaben der Wehrbeitrag weder erhöht noch wiederholt werden, noch darf eine Verwendung seines Ertrages für etwaige neue Aufwandszwecke in Betracht kommen. (Sehr richtig! rechts.)

Betreffs der Vorgänge auf dem Balkan war es uns eine Genugtuung, vom Reichstanzler zu hören, daß mit dem Konfliktstopp auf dem Balkan ausgeräumt worden ist. (Beifall rechts.) Mit der Regelung der albanesischen Frage können wir uns einverstanden erklären. Ebenso können wir den bulgarischen Frieden erfreulich und billigen auch die anschließenden Verhandlungen. Wir sind auch damit einverstanden, daß wir im Einvernehmen mit England die wirtschaftlichen und territorialen Interessen der Türkei schützen und in ihrem Bestand erhalten. Erfolgreich ist, daß der Druck mit Aussicht wieder richtig funktioniert. Die Beteiligung an der Ausstellung von San Francisco wird sehr verschieden beurteilt. Die Regierung hält eine Beteiligung des Reiches nicht für geboten. Dieser Standpunkt erscheint uns gerechtfertigt. Wir stehen vor einer erfreulichen Entspannung.

der auswärtigen Lage. Bei der Wehrvorlage sind wir über das Ziel hinaus geschossen. Nun die innere Politik. Bezüglich der Vorgänge, die sich an den Namen haben.

Insipien, sind wir der Meinung, daß sehr große und sehr wertvolle Bestandteile des deutschen Volkes in dieser Frage nicht hinter dem Reichstage standen, sondern unsere Auffassung teilten. (Beifall rechts.) Dr. Spahn meinte gestern, daß Militär habe sich Gefegewidrigkeiten zu schulden kommen lassen. Da muß ich ausdrücklich erklären, daß in Zabrern vor und nach der Instruktionsschunde vom 28. Oktober fortwährend Beleidigungen und Beschimpfungen der Offiziere erfolgt sind, daß das Militär auf der Straße buchstäblich beschimpft worden ist. Mit aller Entschiedenheit muß ich betonen, daß gegenüber solchen Vorfällen das Militär nicht nur die Beleidigung, sondern auch die ernste Pflicht hat, sich zu wehren und gegen diese Vorfälle einzuschreiten. (Lebhafter Beifall rechts.) Beleidigungen und Beschimpfungen der Uniform und des Militärs dürfen nicht geduldet werden. (Lebhafter Beifall rechts.)

Wir danken dem Kriegsminister, daß er der Beleidigung des Militärs, sich gegen Beleidigungen zu schützen, Ausdruck verliehen hat. (Beifall rechts, für-mische Whirle bei den Soz.) Der Kriegsminister hat auch durchaus recht, wenn er den Grundlag aufstellt, daß die Militärgewalt nicht den Forderungen der Straße und bürgerlichen Vorkommnissen sich zu fügen hat. Auch wir halten an diesem Grundsatz entschieden fest. (Beifall rechts, Unruhe links.) Wir sehen in allem einen Versuch,

das Heer zu demokratisieren. (Sehr richtig! rechts.) Darin sind wir bekräftigt worden durch die achtigen Ausführungen Scheidemanns. Gegenüber der Verlegung der Zabrerner Truppen nach den Truppenübungsplätzen haben wir uns zurückgezogen. Eins aber müssen wir mit größter Entschiedenheit kritisieren, und das ist das Verhalten der Beamten der Zivilverwaltung in Glas-Kochbrunnen, namentlich, wie es nach dem 4. Dezember bekannt geworden ist. Wir verhehlen nicht und können es nicht gutheissen, wie der Staatssekretär von v. Bülau nachträglich die Dinge so hinstellt, als ob hier ein Sieg der Zivilverwaltung über die Militärverwaltung vorliegt. (Sehr richtig! rechts.) Das kann nicht der Wahrheit entsprechen, wenn ein gutes Verhältnis zwischen Zivil- und Militärverwaltung bestehen soll. (Unruhe links.) Gegenüber den Vorkommnissen kann ich nur sagen: Zum Himmel dommerwetter, als ich Landrat war — (Schallende Heiterkeit links, andauernde Unruhe, die weiteren Worte gehen in die Unruhe verloren.) Der Reichstag vom 4. Dezember ist verabschiedet ausgefallen worden. Zwei Meinungen haben sich sofort und unentwunden gegenüber. Die der entgegengesetzten Sozialdemokratie ist uns gestern mitgeteilt worden, der Reichstanzler sei damit aufgefordert worden, sein Amt niederzulegen. Wir wissen noch nicht, wie die Fortschrittler sich dazu stellen werden. (Unruhe links.) Die Nationalisten und das Zentrum sind dieser Auffassung nicht gefolgt. Nach der Auslegung, die namentlich der Abg. Westermann vertreten hat, bedeutet der Beschluß vom 4. Dezember nichts weiter als ein Urteil über die Zabrerner Angelegenheit selbst, über einen ganz speziellen Fall. Es handelt sich hier also um ein Urteil über allgemeine Angelegenheiten, das in die Unabhängigkeit der Gerichte eingreifen wird. (Sehr richtig! rechts, Lachen links.)

Was wird nun aus dem Beschluß? Wird er ausgelegt als Aufforderung zur Demission oder als spezielles Urteil über einen Einzelfall? Der Abg. Scheidemann hat darin recht, daß er sagte, der Beschluß, wie er gefaßt ist, mit den Konsequenzen, die daraus gezogen werden, ist ein Nichts.

Die wichtigste Aufgabe unserer inneren Politik besteht darin, daß Staatsverwaltung und Gesetzgebung Stellung nehmen gegenüber dem Staat im Etat, zu den sozialdemokratischen Organisationen. Die Verhandlungen auf dem Jenaer Parteitag haben uns genug gezeigt. Scheidemann hat erklärt, daß der Massenstreik eine politische Notwendigkeit sei.

Ein rot — dann Rot: das ist die sozialdemokratische Parole. Wir sind der Meinung, das eine der wichtigsten Aufgaben unserer Gesetzgebung ist, daß wir gegen diesen Staat im Staat Stellung nehmen, daß wir dem sozialdemokratischen Jwan, dem sozialdemokratischen Terror entgegenzutreten. (Bravo rechts, Unruhe bei den Soz.) Wir haben im vorigen Jahr den Antrag auf einen besseren Schutz der Arbeitswilligen gestellt und diesen Antrag in diesem Jahre wiederholt. Ohne ein Verbot des Streikverbotens kommen wir nicht aus. Die Initiative gebührt der Regierung. Auf sie scheiden wir die Verantwortung. Es handelt sich um ein dringendes Lebensbedürfnis der Nation. Wird gegen den sozialdemokratischen Terrorismus nicht eingeschritten, dann sehen wir mit ernster Sorge in die Zukunft. Die Regierung muß vorant! Sie wird bei uns volles Verständnis finden. (Beifall rechts, Lachen links.)

Staatssekretär Bäum bestreitet gegenüber einer Bemerkung des Vorredners, daß der Etat nicht mit der nötigen Vorsicht aufgestellt sei. Graf Westarp hat auch bemängelt, daß für laufende Ausgaben schon Beiträge aus dem Wehrbeitrag eingestrichen sind. Dazu waren wir berechtigt, denn gewisse fortlaufende Ausgaben können als einmalige Ausgaben behandelt werden. Es ist richtig, daß der Wehrbeitrag keine dauernde Einrichtung sein wird. Diese Auffassung des Vorredners deckt sich durchaus mit dem Standpunkt der Reichsregierung. Der Wehrbeitrag hat ja auch einen sehr fristigen Regel dem Verfall. den Wehrbeitrag zu verlängern, vorgeschoben, indem er die Beifügung beschloß. Denn es ist bei dem engen Zusammenhang zwischen Wehrbeitrag und Wehrbeitrag gar nicht möglich, von 1917 an den Wehrbeitrag weiter zu erhöhen.

Abg. Dr. Wimmer (Sp.): Die Reue der Grafen Westarp, wie wir uns zu dem Beschluß des 4. Dezember stellen, will ich solegen beschreiben. Wir weichen vom Zentrum und den Nationalisten ab, ohne die Schuldschuldungen der Sozialdemokratie zu jeben, weil die verfassungsmäßigen Voraussetzungen dafür nicht gegeben sind. Wir wollten am 4. Dezember eine Wirkung nach außen. Die Erweiterung des Interpellationsrechtes sollten die Rechte des Parlaments stärken.

Was ist seit dem 4. Dezember geschehen? Was wir wissen, haben wir der Presse entnommen. Der Reichstanzler hat es nicht für nötig gehalten, den Reichstag zu informieren. Das Regiment nicht verlegt. Warum ist man gegen Fortschritt nicht früher eingeschritten? Ist nicht man die Soldaten und die Bürgerwehr? Der Verhaftungsprozess zwischen den Glas-Kochbrunnen und den Wehrleuten ist geschehen worden. Man sollte das Regiment bald wieder nach Zabrern verlegen. Das deutsche Volk ist stolz auf den Reichstagsbeschluß vom 4. Dezember. Selbstverständlich hat das Militär seine Ehre zu wahren, obwohl wir keinen Unterschied zwischen bürgerlicher und militärischer Ehre kennen. Aber alles muß geschehen auf dem

Boden der staatlichen Gerechtigkeit. Professor Anshütz hat das Verhalten des Militärs als rechtsverleugende Militär bezeichnet. (Hört, hört!) Wir protestieren dagegen, daß hier der konservative Graf Westarp die Gefegewidrigkeiten des Militärs beschönigt und verteidigt. (Beifall links.) In der braunschweigischen Frage ist ein Bundesratsbeschluß umgehoben worden. Wir wollen aber noch ganz andere Bundesratsbeschlüsse umgehen. (Beifall links.) Aber die Entscheidung in der Sache war richtig. Auch die Erklärung des Verzuges ist anstehend. In Medlenburg herrscht noch immer die reaktionäre Mitter-schaft. Hier muß das Reich fest eingreifen. Ernstliche Vorschläge auf Einschränkung der Rüstungen müssen geprüft werden. Alle Bestrebungen auf eine internationale Verständigung sind zu unterstützen. Die Freiheiten des Wehrvereins mahnen zur Aufmerksamkeit. General Reim macht schon wieder Stimmung für neue Rüstungen. (Hört, hört! links und im Str.) All-deutsche Tendenzen dürfen nicht in unsere Augen hineingetragen werden. Das führt zu einer unbedingten Ueberbegrifflichkeit und Raserei. (Sehr gut! links.) Das letzte Steuerwert verteidigen wir freudig. Es hat auf die Bedürfnisse des Volkes Rücksicht genommen. Warum wird der Bankrott nicht endlich herabgesetzt?

Die Arbeitswilligen! Die Arbeitsfreiheit muß natürlich geschützt werden. Die bestehenden Gesetze reichen aber dazu aus. Wir verlangen eine Milderung und Besserung unserer

Zeit- und Handelspolitik. Gewiß, eine starke Landwirtschaft ist wirtschaftlich, national und sozial notwendig. (Sehr richtig! links.) Die Viehzucht ist eine Landwirtschaft, die geschützt werden muß. Dazu ist planmäßig innere Kolonisation erforderlich.

Die auswärtige Politik! In der auswärtigen Politik im allgemeinen hat der Reichstanzler gestern nicht viel Neues verraten. Wir nehmen an, daß ein ruhiges und besonnenes Urteil die Politik geleitet hat. Die Besserung der Beziehungen zu England ist auch uns erfreulich. Hinsichtlich der Ausstellung in San Francisco erklären wir uns mit den Ausführungen des Abgeordneten Westermann einverstanden. Wenn der Reichstanzler die Wahrung der Rechte des Kaisers betont, so soll er auch die Rechte des Reichstages und des Volkes nicht vergessen. (Sehr richtig! links.) Wo bleibt die Wahlreform in Preußen?

Wo bleibt die neue Wahlkreiseinteilung im Reich? Auch ist es kein erfreulicher Zustand, wenn der Reichstanzler eine lange Reise nach Donauinseln unternimmt, um einen halbseitigen Vortrag zu halten. Es ist bedauerlich, daß dieses Jubiläumsjahr, das dem Volke so schwere Opfer auferlegt hat, abschließt mit schweren Enttäuschungen. (Beifall links.)

Preussischer Kriegsminister von Falkenhayn: Ich halte die Vorwürfe, daß der Leutnant von Forstner nicht schnell genug aus der Garnison entfernt, und daß in der Sache seiner Verletzung Geheimnisthümer getrieben sei, nicht für richtig. Der Offizier ist nach Bekanntwerden des Zeitungsartikels vom 6. November, der die Anschuldigungen enthielt, am folgenden Tage zur Reichsstadt gezogen worden, und es ist festgestellt worden, in Zettlingen, daß von einer beabsichtigten Beleidigung der eilfertigen Bevölkerung keine Rede sein kann. (Lachen links.) Gleichzeitig sind die Vernehmungen der Rekruten, die an der Instruktionsschunde teilgenommen hatten, eingeleitet worden. Aber auch diese Vernehmungen abgeschlossen waren und abgeschlossen sein konnten, setzen die Strafanzeige gegen den Offizier ein. Das nun von einer Verlegung keine Rede mehr sein konnte, ehe nicht ordnungsgemäß und gesetzmäßig die Sache statgelegt war, das glaube ich hier im Hause schon eingehend dargelegt zu haben.

Es ist dann ferner hier gesagt worden, daß das, was nachträglich in der Norddeutschen Allgemeinen über die Befragung des Offiziers und Unteroffiziers wegen wörtlicher Beleidigung ihrer Untergebenen geäußert habe, auch in diesem Hause bei der Verhandlung hätte gesagt werden können.

Das ist geschehen. (Sehr richtig! rechts.) Und zwar durch mich. Als ich, sobald ich durch die Ausführungen des Abg. Westarp — ich muß sagen, zu meiner Ueberraschung — ersah, daß trotz der ganz klaren Gefegewidrigkeiten über diese Frage Zweifel bestanden, bin ich sofort aufgestanden und habe genau das gesagt, was später in der offiziellen Verlautbarung gesagt worden ist. (Lachen links.) Mehr kann ich nicht sagen und kann ich auch heute nicht sagen. Denn es widerspräche sowohl dem Befehl als auch dem Zweck der Disziplinarstraf-gewalt, wenn man ihre Ausführung im einzelnen der öffentlichen Kritik preisgeben wollte.

Es ist dann über die Verlegung der beiden Bataillone gesprochen worden. Ich möchte den Erörterungen darüber nicht folgen, für wen es eigentlich eine Strafe sein soll, wer dadurch geschädigt wird, ob die Garnison oder die Unteroffiziere und die Mannschaften, denn es handelt sich um eine Maßregel, die notwendig war. Soviel über Zabrern. Es ist dann noch von Dr. Spahn darauf eingegangen worden auf den

Fall Anstalt. Der Leutnant der Landwehr 3. Bataillon hat, soviel ich weiß, Revision gegen das ihm unangenehme Urteil eingelegt, und ich möchte deshalb im einzelnen darauf

nicht eingehen. Aber das eine kann ich schon heute erklären, daß ich mit meinen beiden Herren Mitbewerbern in dieser Frage auf denselben Standpunkt stehe. Und zwar: die Beilegung eines Offiziers des Beurlaubtenstandes im politischen Sinne ist erlaubt. Ein Offizier aber, der sich im antinationalen oder antimilitarischen Sinne betätigt, kann nicht im Beurlaubtenstand der Armee angehören, trotzdem gegen ihn und sein Verhalten bei uns nach der Landtagswahl von 1908 die Untersuchung längst durchgeführt und abgeschlossen ist, dürfte das eine zweifelslos feststehen, daß an maßgebender Stelle dem Leutnant der Landwehr Anstalt der Vorwurf antinationalen und antimilitarischen Verhaltens nicht gemacht worden ist.

Abg. v. Morawski (Vole) bepricht die Jesuitenfrage. Auf meine kurze Anfrage wurde erklärt, man habe noch kein Material. Selbsten habe ich nichts mehr von der Regierung gehört. So darf man einen Reichstagsabgeordneten nicht behandeln! In der Handhabung des Jesuitengesetzes ist zweifellos eine Verschärfung eingetreten. Der Fall Zabrern ist typisch für den Militarismus. Auch die Voten laufen unter der Bureaukratie. Wir leiden hundertmal mehr als die Glas-Kochbrunnen. Diese Regierungssystem ist unmoralisch. (Der Redner erhält einen Ordnungsruf.)

Abg. Freiherr v. Camy (Rp.): Zweifelslos klagen unsere wirtschaftlichen Verhältnisse ab. Ich fürchte, die bevorstehende Herabsetzung der Rohstoffpreise wird nicht ohne Einfluß auf die Löhne der Arbeiter sein. Besondere Dank gebührt dem Schatzsekretär für die Unterstützung der Alpenpensionäre. Erfolgreich ist, daß die Finanzverwaltung wieder in den Etat eingestellt ist. (Sehr gut! rechts.)

Die starke Beteiligung Deutschlands an ausländischen Emigration ist die Ursache unserer Geldnot. Der hohe Zinssatz beeinträchtigt die ganze wirtschaftliche Lage Deutschlands. Unser Bankstille ist viel zu hoch.

Diese Sache ist ernst als Zabrern. (Sehr richtig! rechts.) Der Reichstanzler sollte eine Enquete-Kommission zur Untersuchung der Diskontage einsetzen. Der Schutz der Arbeitswilligen mußte endlich ins Auge gefaßt werden. (Zuruf: Schatzsekretär!) Bei Zabrern möchte man wünschen, daß Militär nicht eingegriffen hätte. Dazu ist die Polizei da. Den Arbeitswilligen muß man, wie die Dinge liegen, einen Revolver zu ihrem Schutz in die Hand geben. Große Unruhe, Lärm und Jura der Soz. — Präsident Dr. K. a. m. p. erteilt wegen eines Zurufes der Soz. einen Ordnungsruf.)

Reichstanzler von Bethmann-Hollweg: Ich gehe auf einige Fragen ein, die im Laufe der Debatte eingebracht worden sind, zunächst auf die Frage des Schutzes gegen den Mißbrauch des Koalitionsrechtes. Ich weise hin auf das, was ich vor drei Jahren im Hause sagte, nämlich der Interpretation über die Koalitionsgesetze. Ich sagte damals meine Meinung dahin, daß gegen Auswüchse des Koalitionsrechtes nicht eingeschritten werden kann durch Ausnahme-gesetze, sondern nur auf dem Boden gemeinsamen Rechts, und daß dabei Eingriffe in die Koalitionsfreiheit nicht erfolgen dürfen. (Beifall links.) Das in die Koalitionsfreiheit nicht eingegriffen werden darf, ist selbstverständlich. Das Koalitionsverbot ist eine Erringung, die bei uns ebenso gut wie in anderen Ländern durch die wirtschaftliche Entwicklung zur Notwendigkeit für die Arbeiterkassen und für das Unternehmertum geworden ist. Es wäre ein ausgesetztes, törichtes Unternehmen, durch alle der Gesetzgebung einer solchen Entwicklung das Leben abzuweiden zu wollen. Als Abhilfe gegen die Auswüchse ist vorgeschlagen einmal die Revision des Strafgesetzes und zweitens die zivilrechtliche Haftung der Koalitionen.

Gegenüber der großen Macht, die die Koalitionen ausüben, u. a. auch durch das große Vermögen, das sie besitzen, drängt sich von selbst die Erwägung auf, ob als Gegenmaß hierzu eine zivilrechtliche Haftung

einzuführen ist, eine Haftung für den Schaden, den die Koalitionen durch Verletzung anderer im Widerspruch mit den Gesetzen zuzufügen. Im Zusammenhang mit dieser Frage steht bekanntlich die Frage der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, eine Frage, die zu lösen schon einmal gesetzgebend unternommen worden ist, aber vergeblich. Diese Frage der zivilrechtlichen Haftung der Koalitionen ist aber noch keineswegs in einem gesetzgeberischen Akt reif. Was die Revision des Strafgesetzes anlangt, so habe ich, als ich vor drei Jahren darauf hingewiesen, daß die Kommission für die Revision des Strafgesetzbuchs der Ansicht ist, es müsse in diesem revidierten Strafgesetzbuch die Freiheit und das

Selbstbestimmungsrecht des Individuums schärfer geschützt werden als bisher. Wenn die tatsächliche Entwicklung gezeigt hat, daß die Freiheit des Individuums jetzt in anderer Form wie früher und auch von anderen Subjekten aus, von den Koalitionen, eingeengt wird, so muß die Gesetzgebung diesem Gange der Entwicklung folgen. Dieser Idee muß in einem revidierten Strafgesetzbuch Rechnung getragen werden.

Ich möchte, wenn ich das sage, aber doch gleichzeitig glauben, daß man sich täuscht, wenn man dieser Revision des Strafgesetzbuchs eine gar zu große Wirkung zuschreibt. Die Erfahrung hat uns gezeigt, daß, wenn jetzt der

Terrorismus sich überall vorbrängt und nicht genügend zurückgeworfen wird, das in unzähligen Fällen nicht am Laibband des öffentlichen Strafrechts liegt, sondern weil es sehr vielfach an den nötigen Jagen fehlt.

Es handelt sich darum, die Waffen zu größerer Einsicht zu erziehen. (Stürmische Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Jedenfalls werden wir die Arbeiter- und Bauernverbände auf diesem Gebiete nicht übersehen dürfen. (Lebhafter Beifall rechts.)

In der braunschweigischen Frage bestreite ich, daß ein Umsturz des Bundesrats vorliegt. 1885 hatte die Regierung zu befürchten, daß die Thronbesteigung in Braunschweig der bannverwunden Agitation eine neue Grundlage geben würde. Ebenso steht es, daß nach der Lehre der bedeutendsten Staatsrechtler ein Verzicht eines Herrschers nur für eine Person, nicht aber für seine Nachkommenhaft ausgesprochen werden

der auswärtigen Lage. Bei der Wehrvorlage sind wir über das Ziel hinaus geschossen. Nun die innere Politik. Bezüglich der Vorgänge, die sich an den Namen haben.

Insipien, sind wir der Meinung, daß sehr große und sehr wertvolle Bestandteile des deutschen Volkes in dieser Frage nicht hinter dem Reichstage standen, sondern unsere Auffassung teilten. (Beifall rechts.) Dr. Spahn meinte gestern, daß Militär habe sich Gefegewidrigkeiten zu schulden kommen lassen. Da muß ich ausdrücklich erklären, daß in Zabrern vor und nach der Instruktionsschunde vom 28. Oktober fortwährend Beleidigungen und Beschimpfungen der Offiziere erfolgt sind, daß das Militär auf der Straße buchstäblich beschimpft worden ist. Mit aller Entschiedenheit muß ich betonen, daß gegenüber solchen Vorfällen das Militär nicht nur die Beleidigung, sondern auch die ernste Pflicht hat, sich zu wehren und gegen diese Vorfälle einzuschreiten. (Lebhafter Beifall rechts.) Beleidigungen und Beschimpfungen der Uniform und des Militärs dürfen nicht geduldet werden. (Lebhafter Beifall rechts.)

Wir danken dem Kriegsminister, daß er der Beleidigung des Militärs, sich gegen Beleidigungen zu schützen, Ausdruck verliehen hat. (Beifall rechts, für-mische Whirle bei den Soz.) Der Kriegsminister hat auch durchaus recht, wenn er den Grundlag aufstellt, daß die Militärgewalt nicht den Forderungen der Straße und bürgerlichen Vorkommnissen sich zu fügen hat. Auch wir halten an diesem Grundsatz entschieden fest. (Beifall rechts, Unruhe links.) Wir sehen in allem einen Versuch,

das Heer zu demokratisieren. (Sehr richtig! rechts.) Darin sind wir bekräftigt worden durch die achtigen Ausführungen Scheidemanns. Gegenüber der Verlegung der Zabrerner Truppen nach den Truppenübungsplätzen haben wir uns zurückgezogen. Eins aber müssen wir mit größter Entschiedenheit kritisieren, und das ist das Verhalten der Beamten der Zivilverwaltung in Glas-Kochbrunnen, namentlich, wie es nach dem 4. Dezember bekannt geworden ist. Wir verhehlen nicht und können es nicht gutheissen, wie der Staatssekretär von v. Bülau nachträglich die Dinge so hinstellt, als ob hier ein Sieg der Zivilverwaltung über die Militärverwaltung vorliegt. (Sehr richtig! rechts.) Das kann nicht der Wahrheit entsprechen, wenn ein gutes Verhältnis zwischen Zivil- und Militärverwaltung bestehen soll. (Unruhe links.) Gegenüber den Vorkommnissen kann ich nur sagen: Zum Himmel dommerwetter, als ich Landrat war — (Schallende Heiterkeit links, andauernde Unruhe, die weiteren Worte gehen in die Unruhe verloren.) Der Reichstag vom 4. Dezember ist verabschiedet ausgefallen worden. Zwei Meinungen haben sich sofort und unentwunden gegenüber. Die der entgegengesetzten Sozialdemokratie ist uns gestern mitgeteilt worden, der Reichstanzler sei damit aufgefordert worden, sein Amt niederzulegen. Wir wissen noch nicht, wie die Fortschrittler sich dazu stellen werden. (Unruhe links.) Die Nationalisten und das Zentrum sind dieser Auffassung nicht gefolgt. Nach der Auslegung, die namentlich der Abg. Westermann vertreten hat, bedeutet der Beschluß vom 4. Dezember nichts weiter als ein Urteil über die Zabrerner Angelegenheit selbst, über einen ganz speziellen Fall. Es handelt sich hier also um ein Urteil über allgemeine Angelegenheiten, das in die Unabhängigkeit der Gerichte eingreifen wird. (Sehr richtig! rechts, Lachen links.)

Was wird nun aus dem Beschluß? Wird er ausgelegt als Aufforderung zur Demission oder als spezielles Urteil über einen Einzelfall? Der Abg. Scheidemann hat darin recht, daß er sagte, der Beschluß, wie er gefaßt ist, mit den Konsequenzen, die daraus gezogen werden, ist ein Nichts.

Die wichtigste Aufgabe unserer inneren Politik besteht darin, daß Staatsverwaltung und Gesetzgebung Stellung nehmen gegenüber dem Staat im Etat, zu den sozialdemokratischen Organisationen. Die Verhandlungen auf dem Jenaer Parteitag haben uns genug gezeigt. Scheidemann hat erklärt, daß der Massenstreik eine politische Notwendigkeit sei.

Ein rot — dann Rot: das ist die sozialdemokratische Parole. Wir sind der Meinung, das eine der wichtigsten Aufgaben unserer Gesetzgebung ist, daß wir gegen diesen Staat im Staat Stellung nehmen, daß wir dem sozialdemokratischen Jwan, dem sozialdemokratischen Terror entgegenzutreten. (Bravo rechts, Unruhe bei den Soz.) Wir haben im vorigen Jahr den Antrag auf einen besseren Schutz der Arbeitswilligen gestellt und diesen Antrag in diesem Jahre wiederholt. Ohne ein Verbot des Streikverbotens kommen wir nicht aus. Die Initiative gebührt der Regierung. Auf sie scheiden wir die Verantwortung. Es handelt sich um ein dringendes Lebensbedürfnis der Nation. Wird gegen den sozialdemokratischen Terrorismus nicht eingeschritten, dann sehen wir mit ernster Sorge in die Zukunft. Die Regierung muß vorant! Sie wird bei uns volles Verständnis finden. (Beifall rechts, Lachen links.)

Staatssekretär Bäum bestreitet gegenüber einer Bemerkung des Vorredners, daß der Etat nicht mit der nötigen Vorsicht aufgestellt sei. Graf Westarp hat auch bemängelt, daß für laufende Ausgaben schon Beiträge aus dem Wehrbeitrag eingestrichen sind. Dazu waren wir berechtigt, denn gewisse fortlaufende Ausgaben können als einmalige Ausgaben behandelt werden. Es ist richtig, daß der Wehrbeitrag keine dauernde Einrichtung sein wird. Diese Auffassung des Vorredners deckt sich durchaus mit dem Standpunkt der Reichsregierung. Der Wehrbeitrag hat ja auch einen sehr fristigen Regel dem Verfall. den Wehrbeitrag zu verlängern, vorgeschoben, indem er die Beifügung beschloß. Denn es ist bei dem engen Zusammenhang zwischen Wehrbeitrag und Wehrbeitrag gar nicht möglich, von 1917 an den Wehrbeitrag weiter zu erhöhen.

Abg. Dr. Wimmer (Sp.): Die Reue der Grafen Westarp, wie wir uns zu dem Beschluß des 4. Dezember stellen, will ich solegen beschreiben. Wir weichen vom Zentrum und den Nationalisten ab, ohne die Schuldschuldungen der Sozialdemokratie zu jeben, weil die verfassungsmäßigen Voraussetzungen dafür nicht gegeben sind. Wir wollten am 4. Dezember eine Wirkung nach außen. Die Erweiterung des Interpellationsrechtes sollten die Rechte des Parlaments stärken.

Was ist seit dem 4. Dezember geschehen? Was wir wissen, haben wir der Presse entnommen. Der Reichstanzler hat es nicht für nötig gehalten, den Reichstag zu informieren. Das Regiment nicht verlegt. Warum ist man gegen Fortschritt nicht früher eingeschritten? Ist nicht man die Soldaten und die Bürgerwehr? Der Verhaftungsprozess zwischen den Glas-Kochbrunnen und den Wehrleuten ist geschehen worden. Man sollte das Regiment bald wieder nach Zabrern verlegen. Das deutsche Volk ist stolz auf den Reichstagsbeschluß vom 4. Dezember. Selbstverständlich hat das Militär seine Ehre zu wahren, obwohl wir keinen Unterschied zwischen bürgerlicher und militärischer Ehre kennen. Aber alles muß geschehen auf dem

Boden der staatlichen Gerechtigkeit. Professor Anshütz hat das Verhalten des Militärs als rechtsverleugende Militär bezeichnet. (Hört, hört!) Wir protestieren dagegen, daß hier der konservative Graf Westarp die Gefegewidrigkeiten des Militärs beschönigt und verteidigt. (Beifall links.) In der braunschweigischen Frage ist ein Bundesratsbeschluß umgehoben worden. Wir wollen aber noch ganz andere Bundesratsbeschlüsse umgehen. (Beifall links.) Aber die Entscheidung in der Sache war richtig. Auch die Erklärung des Verzuges ist anstehend. In Medlenburg herrscht noch immer die reaktionäre Mitter-schaft. Hier muß das Reich fest eingreifen. Ernstliche Vorschläge auf Einschränkung der Rüstungen müssen geprüft werden. Alle Bestrebungen auf eine internationale Verständigung sind zu unterstützen. Die Freiheiten des Wehrvereins mahnen zur Aufmerksamkeit. General Reim macht schon wieder Stimmung für neue Rüstungen. (Hört, hört! links und im Str.) All-deutsche Tendenzen dürfen nicht in unsere Augen hineingetragen werden. Das führt zu einer unbedingten Ueberbegrifflichkeit und Raserei. (Sehr gut! links.) Das letzte Steuerwert verteidigen wir freudig. Es hat auf die Bedürfnisse des Volkes Rücksicht genommen. Warum wird der Bankrott nicht endlich herabgesetzt?

Die Arbeitswilligen! Die Arbeitsfreiheit muß natürlich geschützt werden. Die bestehenden Gesetze reichen aber dazu aus. Wir verlangen eine Milderung und Besserung unserer

Zeit- und Handelspolitik. Gewiß, eine starke Landwirtschaft ist wirtschaftlich, national und sozial notwendig. (Sehr richtig! links.) Die Viehzucht ist eine Landwirtschaft, die geschützt werden muß. Dazu ist planmäßig innere Kolonisation erforderlich.

Die auswärtige Politik! In der auswärtigen Politik im allgemeinen hat der Reichstanzler gestern nicht viel Neues verraten. Wir nehmen an, daß ein ruhiges und besonnenes Urteil die Politik geleitet hat. Die Besserung der Beziehungen zu England ist auch uns erfreulich. Hinsichtlich der Ausstellung in San Francisco erklären wir uns mit den Ausführungen des Abgeordneten Westermann einverstanden. Wenn der Reichstanzler die Wahrung der Rechte des Kaisers betont, so soll er auch die Rechte des Reichstages und des Volkes nicht vergessen. (Sehr richtig! links.) Wo bleibt die Wahlreform in Preußen?

Wo bleibt die neue Wahlkreiseinteilung im Reich? Auch ist es kein erfreulicher Zustand, wenn der Reichstanzler eine lange Reise nach Donauinseln unternimmt, um einen halbseitigen Vortrag zu halten. Es ist bedauerlich, daß dieses Jubiläumsjahr, das dem Volke so schwere Opfer auferlegt hat, abschließt mit schweren Enttäuschungen. (Beifall links.)

Preussischer Kriegsminister von Falkenhayn: Ich halte die Vorwürfe, daß der Leutnant von Forstner nicht schnell genug aus der Garnison entfernt, und daß in der Sache seiner Verletzung Geheimnisthümer getrieben sei, nicht für richtig. Der Offizier ist nach Bekanntwerden des Zeitungsartikels vom 6. November, der die Anschuldigungen enthielt, am folgenden Tage zur Reichsstadt gezogen worden, und es ist festgestellt worden, in Zettlingen, daß von einer beabsichtigten Beleidigung der eilfertigen Bevölkerung keine Rede sein kann. (Lachen links.) Gleichzeitig sind die Vernehmungen der Rekruten, die an der Instruktionsschunde teilgenommen hatten, eingeleitet worden. Aber auch diese Vernehmungen abgeschlossen waren und abgeschlossen sein konnten, setzen die Strafanzeige gegen den Offizier ein. Das nun von einer Verlegung keine Rede mehr sein konnte, ehe nicht ordnungsgemäß und gesetzmäßig die Sache statgelegt war, das glaube ich hier im Hause schon eingehend dargelegt zu haben.

Es ist dann ferner hier gesagt worden, daß das, was nachträglich in der Norddeutschen Allgemeinen über die Befragung des Offiziers und Unteroffiziers wegen wörtlicher Beleidigung ihrer Untergebenen geäußert habe, auch in diesem Hause bei der Verhandlung hätte gesagt werden können.

Das ist geschehen. (Sehr richtig! rechts.) Und zwar durch mich. Als ich, sobald ich durch die Ausführungen des Abg. Westarp — ich muß sagen, zu meiner Ueberraschung — ersah, daß trotz der ganz klaren Gefegewidrigkeiten über diese Frage Zweifel bestanden, bin ich sofort aufgestanden und habe genau das gesagt, was später in der offiziellen Verlautbarung gesagt worden ist. (Lachen links.) Mehr kann ich nicht sagen und kann ich auch heute nicht sagen. Denn es widerspräche sowohl dem Befehl als auch dem Zweck der Disziplinarstraf-gewalt, wenn man ihre Ausführung im einzelnen der öffentlichen Kritik preisgeben wollte.

Es ist dann über die Verlegung der beiden Bataillone gesprochen worden. Ich möchte den Erörterungen darüber nicht folgen, für wen es eigentlich eine Strafe sein soll, wer dadurch geschädigt wird, ob die Garnison oder die Unteroffiziere und die Mannschaften, denn es handelt sich um eine Maßregel, die notwendig war. Soviel über Zabrern. Es ist dann noch von Dr. Spahn darauf eingegangen worden auf den

Fall Anstalt. Der Leutnant der Landwehr 3. Bataillon hat, soviel ich weiß, Revision gegen das ihm unangenehme Urteil eingelegt, und ich möchte deshalb im einzelnen darauf

nicht eingehen. Aber das eine kann ich schon heute erklären, daß ich mit meinen beiden Herren Mitbewerbern in dieser Frage auf denselben Standpunkt stehe. Und zwar: die Beilegung eines Offiziers des Beurlaubtenstandes im politischen Sinne ist erlaubt. Ein Offizier aber, der sich im antinationalen oder antimilitarischen Sinne betätigt, kann nicht im Beurlaubtenstand der Armee angehören, trotzdem gegen ihn und sein Verhalten bei uns nach der Landtagswahl von 1908 die Untersuchung längst durchgeführt und abgeschlossen ist, dürfte das eine zweifelslos feststehen, daß an maßgebender Stelle dem Leutnant der Landwehr Anstalt der Vorwurf antinationalen und antimilitarischen Verhaltens nicht gemacht worden ist.

Abg. v. Morawski (Vole) bepricht die Jesuitenfrage. Auf meine kurze Anfrage wurde erklärt, man habe noch kein Material. Selbsten habe ich nichts mehr von der Regierung gehört. So darf man einen Reichstagsabgeordneten nicht behandeln! In der Handhabung des Jesuitengesetzes ist zweifellos eine Verschärfung eingetreten. Der Fall Zabrern ist typisch für den Militarismus. Auch die Voten laufen unter der Bureaukratie. Wir leiden hundertmal mehr als die Glas-Kochbrunnen. Diese Regierungssystem ist unmoralisch. (Der Redner erhält einen Ordnungsruf.)

Abg. Freiherr v. Camy (Rp.): Zweifelslos klagen unsere wirtschaftlichen Verhältnisse ab. Ich fürchte, die bevorstehende Herabsetzung der Rohstoffpreise wird nicht ohne Einfluß auf die Löhne der Arbeiter sein. Besondere Dank gebührt dem Schatzsekretär für die Unterstützung der Alpenpensionäre. Erfolgreich ist, daß die Finanzverwaltung wieder in den Etat eingestellt ist. (Sehr gut! rechts.)

Die starke Beteiligung Deutschlands an ausländischen Emigration ist die Ursache unserer Geldnot. Der hohe Zinssatz beeinträchtigt die ganze wirtschaftliche Lage Deutschlands. Unser Bankstille ist viel zu hoch.

Diese Sache ist ernst als Zabrern. (Sehr richtig! rechts.) Der Reichstanzler sollte eine Enquete-Kommission zur Untersuchung der Diskontage einsetzen. Der Schutz der Arbeitswilligen mußte endlich ins Auge gefaßt werden. (Zuruf: Schatzsekretär!) Bei Zabrern möchte man wünschen, daß Militär nicht eingegriffen hätte. Dazu ist die Polizei da. Den Arbeitswilligen muß man, wie die Dinge liegen, einen Revolver zu ihrem Schutz in die Hand geben. Große Unruhe, Lärm und Jura der Soz. — Präsident Dr. K. a. m. p. erteilt wegen eines Zurufes der Soz. einen Ordnungsruf.)

Reichstanzler von Bethmann-Hollweg: Ich gehe auf einige Fragen ein, die im Laufe der Debatte eingebracht worden sind, zunächst auf die Frage des Schutzes gegen den Mißbrauch des Koalitionsrechtes. Ich weise hin auf das, was ich vor drei Jahren im Hause sagte, nämlich der Interpretation über die Koalitionsgesetze. Ich sagte damals meine Meinung dahin, daß gegen Auswüchse des Koalitionsrechtes nicht eingeschritten werden kann durch Ausnahme-gesetze, sondern nur auf dem Boden gemeinsamen Rechts, und daß dabei Eingriffe in die Koalitionsfreiheit nicht erfolgen dürfen. (Beifall links.) Das in die Koalitionsfreiheit nicht eingegriffen werden darf, ist selbstverständlich. Das Koalitionsverbot ist eine Erringung, die bei uns ebenso gut wie in anderen Ländern durch die wirtschaftliche Entwicklung zur Notwendigkeit für die Arbeiterkassen und für das Unternehmertum geworden ist. Es wäre ein ausgesetztes, törichtes Unternehmen, durch alle der Gesetzgebung einer solchen Entwicklung das Leben abzuweiden zu wollen. Als Ab

2 gut und 3 m  
(im Vormonat 2  
Lebensjahre 2,1 (2,  
2,5 und 2,8).

Geburten: Im Oktober kamen 7 Geburten zur  
 Anmeldung, dabon 4 Knaben und 3 Mädchen. Im  
 November wurden 1 Knabe u. 4 Mädchen geboren.  
 Sterbefälle: Am 30. Sept.: Ehefrau Richard  
 Fahl, geb. Johanna Hüser, 75 J., Grimminghausen.  
 1. Okt.: Josefine Schmalbach, 11 Monate alt,  
 Grimminghausen. — Am 6. Okt.: Elisabeth Korb-  
 macher, 3 Mon., Grimminghausen. — Am 15. Okt.:  
 Anna Maria Schlingen, 5 Mon., Uedesheim. —  
 Am 22. Okt.: Wwe. Rath. Wlenkers, geb. Friederica  
 Frauensfelder, 68 J., Grimminghausen. — Am 28.  
 Okt.: Wwe. Heinr. Tron, Agnes geb. Ofestr, 83 J.,  
 Grimminghausen. — Am 9. Nov.: Johann Woud-  
 stra, 3 Mon., Uedesheim. — Am 11. Nov.: Wwe.  
 Jos. Bärling geb. Gertrud Hermanns, 73 J., Grim-  
 minghausen. — Am 23. Nov.: Ehefrau Franz Rabe  
 geb. Elisabeth Rüpper, 64 J., Grimminghausen.  
 Heiraten: Im Monat Oktober wurden 3 Heira-  
 ten geschlossen.

